

18. Juni 2007, 15:26, NZZ Online

SVP-Marschtabelle für eine 6. IV-Revision

Weitere Missbrauchsbekämpfung und Rentenkürzungen gefordert

Wie angekündigt hat die SVP am Montag ihre Forderungen für eine 6. IV-Revision vorgestellt. Damit will die Partei eine Zusatzfinanzierung der defizitären Invalidenversicherung (IV) verhindern.

hof. Am Montag hat die SVP ein Positionspapier zur «Sanierung der Invalidenversicherung» publiziert. Bereits am Sonntag stellte die Partei dieses nach geschlagenem und gewonnenem Abstimmungskampf zur 5. IV-Revision in Aussicht. Die SVP will also nicht abwarten, welche Wirkungen das revidierte Invalidenversicherungsgesetz entfalten wird (das nota bene noch gar nicht in Kraft gesetzt ist), sondern den Druck auf die IV weiter erhöhen.

Den verschiedenen Forderungen in dem 35-seitigen Papier ist eine Analyse vorangestellt, die keine Neuigkeiten präsentiert. Vielmehr hat man nun mit der soeben angenommenen Revision einige Punkte, die von der SVP noch immer als problematisch angesehen werden, angepasst, wie etwa die Definition des Invaliditätsbegriffs.

Wie immer behauptet die SVP einen massiven Missbrauch der IV, ohne das Ausmass allerdings belegen zu können. Hingewiesen wird auf Einzelfälle, die in den Augen der SVP die Spitze des Eisbergs ausmachen. Scharf gewürzt wird das Papier mit Schlagwörtern: Neben den «Scheininvaliden» und der «Balkanisierung» ist auch von der «Edelsozialhilfe für unintegrierte Ausländer» die Rede.

Halbierung der Kinderrente

Mit ihren Forderungen will die SVP zeigen, dass auf eine Zusatzfinanzierung verzichtet werden kann. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang zum Beispiel eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die SVP ist überzeugt, dass auf der Ausgabenseite der IV noch genügend Luft vorhanden ist, um bis 2015 eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen. Zurzeit (ohne 5. Revision) verzeichnet die IV ein jährliches Defizit von 1,5 Milliarden Franken. Erst wenn die Jahresergebnisse ausgeglichen sind, kann nach Ansicht der SVP die Entschuldung an die Hand genommen werden. Die Schulden der IV belaufen sich auf rund 10 Milliarden Franken.

Die 6. IV-Revision à la SVP umfasst einen Strauss an Massnahmen. Neben dem Prüfen einer Kündigung von Sozialversicherungsabkommen mit Staaten, die eine «übertriebene Nachfrage» von IV-Leistungen aufweisen, der Einführung von IV-Detektiven, dem Fahr- und Flugverbot für Rentenbezüger mit «unklarer» IV-Kausalität und der Intensivierung bei der Überprüfung der IV-Renten usw. werden auch Rentenkürzungen gefordert: Halbierung der Kinderrenten, keine automatische Teuerungsanpassung bei IV-Renten, Reduktion des garantierten Mindesttaggeldes für Jugendliche um ein Drittel und Kürzung der Sozialleistungen von straffälligen Ausländern auf Nothilfeniveau. Psychische Probleme und Rückenleiden sollen nur noch in schweren Fällen als Ursache für eine IV-Rente anerkannt werden, Schleudertraumata gar nicht mehr. Was «schwere Fälle» sind, sagt die SVP nicht. Zudem sollen «fehlbare Sozialverantwortliche» in den Gemeinden angeklagt werden.

Kritik am SVP-Vorschlag

Ulrich Grete, Präsident des Ausgleichsfonds von AHV, IV und Erwerbsersatzordnung bezeichnete das Nein der SVP zu einer Zusatzfinanzierung in der «Mittelland Zeitung» vom Montag als «eine absolute Dummheit». Laut Grete müssten die heutigen Renten, um rund ein Drittel gekürzt werden: «Und dazu würde das Volk mit Sicherheit Nein sagen. Die Forderung der SVP ist reiner Populismus.» Auch Arbeitgeberpräsident Rudolf Stämpfli betrachtete am Montag in einem Gespräch auf Radio DRS die

Möglichkeit, auf die Zusatzfinanzierung zu verzichten, als unmöglich.

Mehr zum Thema:

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

<http://www.nzz.ch/2007/06/18/il/newzzF32XRNOQ-12.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG